



Hitzeschutz für Menschen ohne Wohnung oder Obdach.

Handlungshilfe.



Impressum

Herausgeber

Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (LfGA NRW)
Gesundheitscampus 10
44801 Bochum
Telefon: 0234 41692-5555
E-Mail: poststelle@lfga.nrw.de
lfga.nrw.de

Auflage 1.0
Bochum, Juni 2026

Autorinnen und Autoren

Christopher Husemann, Lea Antoine, Thomas Claßen, Raphael Sieber,
Selina Brünker, Thea Jankowski, Odile Mekel
Fachgruppe Grundsatzfragen, Gesundheitskonferenzen, Klima und Gesundheit,
LfGA NRW

Anke Kietzmann
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Arbeitsgruppe Chancengerechtigkeit im gesundheitsbezogenen Hitzeschutz

Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen
AOK Rheinland/Hamburg
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des
Landes Nordrhein-Westfalen
Franziskanische Sozialwerke Düsseldorf gGmbH
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Gesundheit der Stadt Gelsenkirchen
Sprecher:innenrat der Geschäftsstellen der Kommunalen
Gesundheitskonferenzen (KGK)

Unter Mitwirkung von

Kreis Viersen, Amt für Umweltschutz, Klimaanpassung, Landwirtschaft
Stadt Aachen, Fachbereich Klima und Umwelt und Fachbereich Wohnen, Soziales
und Integration
Bundesstadt Bonn, Gesundheitsamt
Stadt Düren, Sozialamt
Stadt Essen, Amt für Soziales und Wohnen
Stadt Gladbeck, Amt für Soziales und Wohnen
Stadt Hemer, Fachbereich Ordnung und Soziales
Stadt Münster, Gesundheits- und Veterinäramt

Stadt Neuss, Sozialamt
Stadt Remscheid, Fachdienst Umwelt
Stadt Witten, Amt für Wohnen und Soziales
Stadt Wuppertal, Sozialamt

Layout und Verlag

Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen.

Das LfGA NRW ist eine Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Zitervorschlag

LfGA NRW – Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2026): Hitzeschutz für Menschen ohne Wohnung oder Obdach. Handlungshilfe. Bochum.

Hinweis

Das LfGA NRW dankt allen beteiligten Institutionen für ihre Mitwirkung bei der Erstellung der Handlungshilfe.

0 Vorwort

Extreme Wetterlagen wie Kälte oder Hitze stellen für Menschen ohne Wohnung oder Obdach besondere Herausforderungen dar. Während die Gefahren von Kälte überwiegend bekannt sind und es in vielen Kommunen bereits entsprechende Schutzkonzepte gibt, ist der Hitzeschutz von Menschen ohne Wohnung oder Obdach, trotz der durch den Klimawandel zunehmenden Anzahl und Intensität von Hitzewellen (vgl. [1]), weniger etabliert. Menschen ohne Wohnung oder Obdach haben ein erhöhtes Risiko für hitzebedingte Erkrankungen, da ihnen unter anderem häufig (kühle) Rückzugsorte fehlen und ihnen der Zugang zu Trinkwasser und medizinischer Versorgung erschwert wird.

Die vorliegende Handlungshilfe soll kommunale Akteurinnen und Akteure in Nordrhein-Westfalen, insbesondere die Gesundheits-, Sozial- und Umweltämter, bei der Aufstellung von Maßnahmen zum Schutz von Menschen ohne Wohnung oder Obdach vor den gesundheitlichen Folgen von Hitze unterstützen. Die Handlungshilfe kann ebenfalls Trägerinnen und Träger von Einrichtungen, Unterstützungsdienste sowie weitere Akteursgruppen bei der Entwicklung eigenständiger Maßnahmen unterstützen.

Zusätzlich nutzbar: Arbeitshilfen des LfGA NRW

Es kann hilfreich sein, die Handlungshilfe zusammen mit weiteren bestehenden Arbeitshilfen des Landesamts für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen zum einrichtungsbezogenen Hitzeschutz oder zur kommunalen Hitzeaktionsplanung zu verwenden. Verweise zu den Arbeitshilfen sind an den entsprechenden Stellen eingefügt.

Hinweis



Die Handlungshilfe ist in drei Abschnitte unterteilt (A bis C), die zusammen einen umfassenden Gesamtüberblick über das Themenfeld liefern. Die Abschnitte können aber auch einzeln genutzt werden, wenn zum Beispiel lediglich spezifische Themen von Interesse oder zeitliche Ressourcen begrenzt sind. Die verschiedenen Abschnitte besitzen keinen Anspruch auf Vollständigkeit, und die dargelegten Handlungsschritte müssen keinesfalls in der genannten Reihenfolge bearbeitet werden. Es handelt sich um Vorschläge, welche die Entwicklung entsprechender Maßnahmen erleichtern sollen. Inwiefern die Inhalte der Handlungshilfe für das Vorgehen vor Ort angewandt werden, liegt im Ermessen der Nutzenden und hängt von den lokalen Gegebenheiten ab.

Abschnitt A beschäftigt sich mit den Grundlagen, wie dem gesellschaftlichen Kontext von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, und erläutert die gesundheitlichen Auswirkungen von Hitze auf Menschen ohne Wohnung oder Obdach sowie deren Bedarfe während Hitzewellen.

In Abschnitt B stehen praktische Schritte zur Entwicklung von Maßnahmen im Vordergrund. So werden Überlegungen zur Maßnahmenentwicklung und Stärkung der Handlungsfähigkeit sowie angemessene Kommunikationsstrategien dargestellt.

In **Abschnitt C** wird eine Maßnahmenliste zur Verfügung gestellt, die auf wenigen Seiten die wichtigsten Maßnahmen zum Hitzeschutz für Menschen ohne Wohnung oder Obdach zusammenfasst. Diese beruht nicht zuletzt auf der aktiven Beteiligung einiger Kommunen, die bereits entsprechende Maßnahmen etabliert haben.

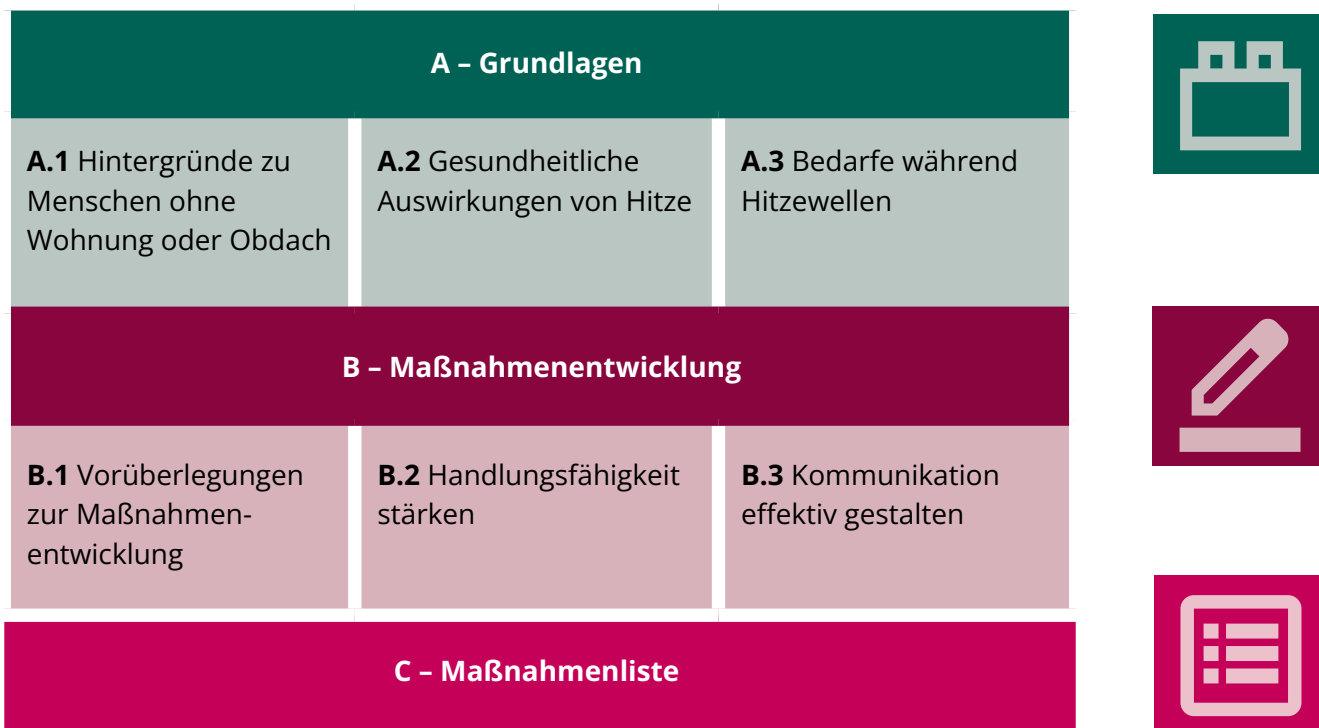


Abb. 1: Aufbau der Handlungshilfe (LfGA NRW)

Um der Heterogenität von Menschen ohne Wohnung oder Obdach gerecht zu werden und ihre Existenz nicht auf den Zustand der Wohnungs- oder Obdachlosigkeit zu beschränken, wird in dieser Handlungshilfe bewusst die Bezeichnung „Menschen ohne Wohnung oder Obdach“ verwendet. Auf alternative Umschreibungen wird verzichtet, da diese trotz eines möglichen Gewinns an Lesefluss inhaltlich zu kurz greifen.

Die vorliegende Handlungshilfe wurde in Zusammenarbeit mit und basierend auf Vorarbeiten der Arbeitsgruppe (AG) „Chancengerechtigkeit im gesundheitsbezogenen Hitzeschutz“ des „Zentralen Netzwerks gesundheitsbezogener Hitzeschutz in Nordrhein-Westfalen“ (ZNGH NRW) entwickelt. Im Sommer 2024 wurden im Rahmen eines Workshops der AG verschiedene Erkenntnisse und Empfehlungen zur Chancengerechtigkeit von Menschen ohne Wohnung oder Obdach im gesundheitsbezogenen Hitzeschutz festgehalten und durch diese Handlungshilfe weiterentwickelt.



Erkenntnisse und Empfehlungen zur Chancengerechtigkeit von Menschen ohne Wohnung oder Obdach im gesundheitsbezogenen Hitzeschutz [2]:

1. Eine validere Datengrundlage wird benötigt, um den vollen Umfang der gesundheitlichen Auswirkungen und Folgen von Hitze auf Menschen ohne Wohnung oder Obdach zu erfassen und gezielte Maßnahmen ergreifen zu können.
2. Feste bzw. klar definierte lokale, niedrighschwellige Anlaufstellen zur Unterstützung für Menschen ohne Wohnung oder Obdach bei hohen Temperaturen sollten etabliert werden.
3. Menschen ohne Wohnung oder Obdach sollten in Prozesse für besseren gesundheitsbezogenen Hitzeschutz miteinbezogen werden, um Maßnahmen bedürfnisorientiert zu gestalten.
4. Die allgemeine Bevölkerung sollte mithilfe von verstärkter Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert werden, um Vorurteile auszuräumen, Distanz gegenüber Menschen ohne Wohnung oder Obdach zu reduzieren und Hilfsbereitschaft zu fördern.
5. Der freie Zugang zu Trinkwasser sollte in ausreichendem Umfang an für Menschen ohne Wohnung oder Obdach geeigneten Stellen jederzeit sichergestellt werden.
6. Kommunale Überlegungen zu kühlen Orten („Coole Orte“) sollten grundsätzlich die Bedürfnisse von Menschen ohne Wohnung oder Obdach berücksichtigen.
7. Es bedarf einer Handlungshilfe für Kommunen, die in kommunalen Arbeitsgemeinschaften unter Beteiligung von Menschen ohne Wohnung oder Obdach hilft, einen differenzierten Maßnahmenplan auszuarbeiten.

Informieren Sie sich in diesem Dokument zu den weiteren Erkenntnissen und Empfehlungen der AG Chancengerechtigkeit im ZNGH NRW:
www.lzg.nrw.de/_media/pdf/hitze/kurzinfo_ag_chancengerechtigkeit.pdf

Evaluation der Handlungshilfe

Um eine hohe Qualität und Aktualität zu gewährleisten, wird die Handlungshilfe „Hitzeschutz für Menschen ohne Wohnung oder Obdach“ von Beginn an evaluiert und bei Bedarf fortgeschrieben. Es liegt hier die Auflage 1.0 mit Stand Mai 2026 vor.

Helfen Sie mit, diese Handlungshilfe weiterzuentwickeln!

Die Handlungshilfe wird kontinuierlich weiterentwickelt. Sie soll sukzessive fortgeschrieben sowie bei Bedarf um weitere Abschnitte ergänzt werden. Hierzu möchten wir gerne Ihre Erfahrungen bei der Nutzung der Handlungshilfe berücksichtigen.

Teilen Sie uns Anregungen, Lob und Kritik gerne über unseren Feedbackbogen mit:

https://survey.lamapoll.de/Evaluation-Handlungshilfe_MoWoO

Zudem sind wir für Sie per E-Mail erreichbar:

klima@lfga.nrw.de

Hinweis



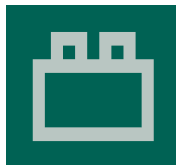
Literatur

[1] Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (2025): Arbeitshilfen Kommunale Hitzeaktionsplanung in NRW. Klimawandel und Hitze in NRW – Arbeitshilfe B-01. Online unter: https://www.lzg.nrw.de/_media/pdf/ges_foerd/arbeitshilfen_hap/B-01_AH-KHAP_Klimawandel-und-Hitze-NRW.pdf. Letzter Abruf: 29.05.2026.

[2] Arbeitsgruppe Chancengerechtigkeit im gesundheitsbezogenen Hitzeschutz / Zentrales Netzwerk gesundheitsbezogener Hitzeschutz Nordrhein-Westfalen (2024): Erkenntnisse und Empfehlungen zur Chancengerechtigkeit von Menschen ohne Wohnung oder Obdach im gesundheitsbezogenen Hitzeschutz. Online unter: https://www.lzg.nrw.de/_media/pdf/hitze/kurzinfo_ag_chancengerechtigkeit.pdf. Letzter Abruf: 29.05.2026.

Inhaltsverzeichnis

A Grundlagen



- A.1 Hintergründe zu Menschen ohne Wohnung oder Obdach 9
- A.2 Gesundheitliche Auswirkungen von Hitze 11
- A.3 Bedarfe während Hitzewellen 14

B Maßnahmenentwicklung



- B.1 Vorüberlegungen zur Maßnahmenentwicklung 19
- B.2 Handlungsfähigkeit stärken 21
- B.3 Kommunikation effektiv gestalten 24

C Maßnahmenliste



- Langfristige und ganzjährige Maßnahmen 32
- Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Sommer 33
- Maßnahmen während des Sommers 34

A Grundlagen

A.1 Hintergründe zu Menschen ohne Wohnung oder Obdach

Das Leben ohne Wohnung oder dauerhafte Unterkunft stellt eine der extremsten Formen von Armut, sozialer Ausgrenzung und gesundheitlicher Gefährdung dar. Da dies im Regelfall unter anderem mit einem Verlust an Privatsphäre einhergeht, können Menschenrechte und die Menschenwürde verletzt werden. Die Biografien, Lebenssituationen und Bedarfe von Menschen ohne Wohnung oder Obdach sind so vielfältig wie die Ursachen der Wohnungslosigkeit. Aufgrund dieser Heterogenität kann es nicht den einen Lösungsweg geben, um betroffene Personen zu unterstützen. Vielmehr sollte die Unterstützung sehr konkret auf individuelle Bedürfnisse der Betroffenen eingehen [1].

Unterschied zwischen Obdach- und Wohnungslosigkeit

Im Alltag werden die Begriffe Obdach- und Wohnungslosigkeit häufig synonym verwendet. Dies verdeckt jedoch den Blick auf die vielfältigen Formen von Wohnungslosigkeit und beschränkt das Bild auf nur einen kleinen Anteil an wohnungslosen Personen. Als obdachlos gilt, wer keine Möglichkeit hat, in geregelten Unterkünften unterzukommen und daher zum Beispiel auf der Straße, in Zelten, Autos oder Abbruchhäusern leben und schlafen muss. Diese Personen sind somit die sichtbarste Gruppe der Wohnungslosen, da sie sich in öffentlichen Räumen aufhalten (müssen). Als wohnungslos gilt hingegen, wer keine Möglichkeit hat, eine eigene Wohnung zu nutzen – wenn also kein Miet- oder Pachtvertrag besteht und die Person auch kein Wohneigentum besitzt. Somit sind obdachlose Personen immer wohnungslos, aber nicht alle wohnungslosen Personen sind obdachlos. Wohnungslose Personen sind unter anderem in Frauenhäusern, Psychiatrien, Hafteinrichtungen oder Flüchtlingsunterkünften untergebracht und werden dort erfasst. Bei Personen, die bei Verwandten, Freundinnen, Freunden oder Bekannten unterkommen, wird von verdeckter Wohnungslosigkeit gesprochen, da diese Personen derzeit in den amtlichen Statistiken nicht erfasst werden. Gerade diese Unsichtbarkeit kann eine weitere Gefährdung darstellen, denn diese Gruppe ist besonders anfällig für Ausbeutung und Missbrauch [1].

Aktuelle Zahlen und Statistiken

Im Jahr 2024 galten knapp 532.000 Menschen in Deutschland als wohnungslos. Davon waren rund 439.000 untergebracht, während die Zahl verdeckt Wohnungsloser auf 60.400 und Obdachloser auf ca. 47.300 geschätzt wurde [2]. Auch in Nordrhein-Westfalen leben viele Menschen ohne eigene Wohnung. Zum Stichtag 31.01.2025 wurden ca. 118.000 wegen Wohnungslosigkeit untergebrachte Personen erfasst [3]. Allein für Nordrhein-Westfalen entspricht dies einem Anstieg von rund 13.000 Personen im Vergleich zu 2024.

Hinweis



Ursachen für Obdach- und Wohnungslosigkeit

Der Personenkreis der wohnungslosen Menschen ist sehr heterogen, weshalb auch die Gründe, die zur Wohnungslosigkeit führen, ganz unterschiedlich sind. Die häufigsten Ursachen sind Miet- oder Energieschulden. Auch mietwidriges Verhalten und Vertragsverletzungen können in die Wohnungslosigkeit führen. Zwar gibt es für solche Fälle Beratungs- und Hilfsangebote, allerdings werden diese häufig aus Scham oder Überforderung nicht angenommen. Gesundheitliche Beeinträchtigungen (zum Beispiel Depressionen), eine vorübergehende Inhaftierung oder die Trennung oder Scheidung von der Partnerin oder dem Partner können ebenfalls Ursachen für Wohnungslosigkeit sein [1]. Auch nach Deutschland geflüchtete Menschen können zunächst wohnungslos sein. Aufgrund diverser Barrieren (beispielsweise Sprache, Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, psychische Belastung) sowie verschiedener Diskriminierungsformen wird es ihnen oft erschwert, ihre Situation zu verändern [4].

Mehrfachdiskriminierung

Neben den bereits aufgeführten persönlichen Gründen für Wohnungs- und Obdachlosigkeit gibt es auch eine Vielzahl an strukturellen Diskriminierungsformen, die selbst Ursachen für Wohnungs- oder Obdachlosigkeit sein können bzw. sie verstärken und den Weg aus der Wohnungs- oder Obdachlosigkeit erschweren. Dabei ist zu beachten, dass viele Menschen ohne Wohnung oder Obdach von mehreren Diskriminierungsformen betroffen sind (Intersektionalität). So können Betroffene nicht nur unter Klassismus (Diskriminierung aufgrund von Armut), sondern auch unter Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus (Diskriminierung körperlich oder geistig beeinträchtigter Menschen), Antiziganismus (Diskriminierung von Sinti und Sintizze sowie Roma und Romnja) und Antisemitismus oder antimuslimischem Rassismus leiden [4]. Für Personen (überwiegend Frauen), die beispielsweise von Partnerschaftsgewalt betroffen sind, kann die Wohnungslosigkeit der einzige Weg sein, um sich selbst zu schützen [5].

Besonderheiten im Zugang zum Gesundheitssystem

All diese individuellen und sozialen Herausforderungen haben einen erheblichen Einfluss auf die Gesundheit der betroffenen Bevölkerungsgruppe. Dies ist insbesondere im Kontext des gesundheitsbezogenen Hitzeschutzes zu beachten, da Hitze je nach Vorerkrankungen starken Einfluss auf die Gesundheit haben kann. Unabhängig vom Krankheitsbild stellt der oft sehr stark eingeschränkte Zugang zum Gesundheitssystem ein zentrales Problem dar. Dies hat zur Folge, dass es statt der medizinischen Primärversorgung häufig nur zur kostenintensiven und punktuellen medizinischen Hilfe einer Notfallambulanz, des Rettungsdienstes oder zu stationären Krankenhausaufnahmen kommt. Hierdurch wird allerdings nur die Grundversorgung abgedeckt, eine Weiterbehandlung durch Fachärztinnen oder Fachärzte ist nicht immer sichergestellt [6].



Exkurs



A.2 Gesundheitliche Auswirkungen von Hitze

Menschen ohne Wohnung oder Obdach sind aufgrund ihrer prekären Lebenslage Wetterextremen besonders stark ausgesetzt. Im Kontext des gesundheitsbezogenen Hitzeschutzes ist daher ein gezielter Schutz dieser Bevölkerungsgruppe erforderlich, da sie durch ihre Lebensumstände ohnehin einem erhöhten Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind. Zum einen liegen bei den Betroffenen häufiger als in der Durchschnittsbevölkerung Mehrfacherkrankungen oder verschleppte und fortgeschrittene Erkrankungen vor. Zum anderen wird eine wirksame Hitzeanpassung häufig durch eine krankheits- oder lebensumstandsbedingte physische Schwäche sowie soziale Isolation erschwert. Hierdurch fehlt die Möglichkeit, auf gesellschaftliche Ressourcen wie Hitzewarnungen, Nachbarschaftshilfe, gekühlte Aufenthaltsräume oder individuelle Schutzmaßnahmen (zum Beispiel geeignete Kleidung, Sonnenschutzmittel, temporäre Beschattung) zurückzugreifen [7].

Um wirksame Hitzeschutzmaßnahmen für diese besonders gefährdete Bevölkerungsgruppe zu etablieren, ist eine genaue Betrachtung der Risikofaktoren und der gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Hitze und insbesondere durch Hitzewellen erforderlich.

DEFINITION – Hitzewelle

Von einer Hitzewelle (auch Hitzeperiode) wird in Deutschland gesprochen, wenn mindestens drei heiße Tage (ab einer Maximaltemperatur über 30 °C) in Folge auftreten. Bei einer Hitzewelle handelt es sich um ein Extremwetterereignis, das die menschliche Gesundheit und das Ökosystem stark belastet [8].

Definition



Überblick zur gesundheitlichen Situation

Bislang liegen medizinische Daten zu Menschen ohne Wohnung oder Obdach nur in begrenztem Umfang vor. Zudem umfassen sie unterschiedliche Zeiträume, die teilweise weiter zurückliegen. Laut einer von Beckmann im Jahr 2014 in Münster durchgeführten Befragung wurden bei Menschen ohne Wohnung oder Obdach vor allem Herz-Kreislauf-Erkrankungen (37 %), Atemwegs- (17 %) und Stoffwechselerkrankungen (15 %) diagnostiziert [8]. Über die Hälfte der chronisch Erkrankten litt zudem an Mehrfacherkrankungen [8]. Bauer beschrieb auf Basis einer Datenerhebung zwischen 2006 und 2008 insbesondere akute Erkrankungen wie Lungenentzündung, Tuberkulose oder parasitäre Hauterkrankungen (etwa Skabies oder Läusebefall) bei Menschen ohne Wohnung oder Obdach [9].

Laut Meyer war im Jahr 2009 die Nikotinabhängigkeit mit ca. 80 % die häufigste Suchterkrankung [10]. Sie verstärkt Herz- und Kreislauferkrankungen zusätzlich. Etwa ein Drittel der Betroffenen war alkoholabhängig, rund 20 % konsumierten weitere Drogen, und etwa 10 % befanden sich in Substitutionsprogrammen [10]. 29 % der von Beckmann befragten Menschen ohne Wohnung oder Obdach litten an chronischen Muskel- und Skeletterkrankungen und fast 40 % an einer körperlichen Behinderung, die mit einer deutlichen Einschränkung der Mobilität einherging [8].

Etwa 60 % der Patientinnen und Patienten ohne Obdach nahmen dauerhaft Medikamente ein [8]. Da die medizinische Versorgung von Menschen ohne Wohnung oder Obdach in vielen Städten häufig nur über die Gesundheitsämter oder über karitative Einrichtungen erfolgt, steht zur Behandlung oft nur eine begrenzte Auswahl an Arzneimitteln zur Verfügung. Es werden vor allem Psychopharmaka eingesetzt, gefolgt von Blutdruck- und Diabetesmedikamenten sowie Schmerz- und Magenmitteln [11].

Körperliche Risikofaktoren

Wie anfällig ein Mensch für Hitzebelastung und hitzebedingte Erkrankungen ist, hängt maßgeblich von der Fähigkeit des Körpers zur Thermoregulation ab. Ist diese eingeschränkt, steigt das Risiko einer Austrocknung, einer verstärkten Kreislaufbelastung sowie einer gefährlichen Erhöhung der Körperkerntemperatur – bis hin zum lebensbedrohlichen Hitzschlag (vgl. [12]). Die Thermoregulation wird insbesondere durch Lebensalter, Vorerkrankungen und Medikamenteneinnahme beeinflusst. Die zwei Mechanismen der Thermoregulation sind zum einen die Gefäßerweiterung (Vasodilatation) mit vermehrtem Blutstrom zur Haut und damit vermehrter Wärmeabgabe, zum anderen das Schwitzen, bei dem durch Verdunstungskälte ein kühlender Flüssigkeitsfilm auf der Haut entsteht [13].

Eine Einschränkung der Thermoregulation kann durch folgende Faktoren begünstigt werden:

- Menschen über 65 Jahre haben häufig eine eingeschränkte Thermoregulation, ein verringertes Durstempfinden und oftmals eine reduzierte Selbstwahrnehmung.
- Schwangere und Stillende sind durch hormonelle Umstellungen, schwangerschaftsbedingte Gewichtszunahme und zusätzliche Kreislaufbelastung in ihrer Wärmeabgabe beeinträchtigt.
- Kinder und Säuglinge haben eine verzögerte Schweißbildung. Durch ihre große Körperoberfläche im Verhältnis zur Körpermasse nehmen sie nach Abkühlung die Hitze rasch wieder auf [14].
- Chronische Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems, des Stoffwechsels oder der Atemwege vermindern die bei starker Hitze über 30 °C ohnehin stark beanspruchte Herzfunktion.
- Alkohol- und Drogenkonsum beeinträchtigen die Thermoregulation zusätzlich und können die Schweißbildung stören [15].
- Auch Arzneimittel können die Thermoregulation verändern, indem sie die Gefäßerweiterung oder die Schweißsekretion beeinflussen (zum Beispiel Schmerzmittel) [15].

Menschen ohne Wohnung oder Obdach sind eine heterogene Gruppe, die unter anderem ältere Menschen (über 65 Jahre), aber auch Kinder und Jugendliche, Schwangere sowie Stillende mit Säuglingen und Kleinkindern umfasst [16]. Hinzu kommen akut und chronisch somatisch oder psychisch erkrankte sowie suchterkrankte Menschen [8]. Diese Gruppen sind in besonderem Maße gefährdet, hitzebedingte Erkrankungen wie Hitzeerschöpfung, Sonnenbrand bzw. -allergie und Flüssigkeitsmangel (Dehydratation) mit daraus resultierender Verwirrtheit und Kreislaufbeschwerden bis hin zum Hitzekollaps, Sonnenstich oder Hitzschlag zu entwickeln. Ein Hitzschlag verläuft gerade bei Menschen ohne Wohnung oder Obdach häufig tödlich, sodass diese bei großer und vor allem länger anhaltender Hitze oftmals in unmittelbarer Lebensgefahr sind [17].



Eingeschränkte Anpassungsfähigkeit bei Hitze

Individuelle Anpassungsmaßnahmen an Hitze – etwa vermehrte Flüssigkeitszufuhr, leichte Bekleidung, Sonnenschutz, das Aufsuchen und Verweilen an kühlen und schattigen Orten, das Schließen von Jalousien oder Rollläden sowie die Abkühlung durch Duschen oder Baden – sind für die Hitzeanpassung essenziell [18]. Für Menschen ohne Wohnung oder Obdach sind genau diese Maßnahmen jedoch aufgrund ihrer Lebenslagen oft nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich. Ausreichende Trinkmengen gleichen den durch Schwitzen bedingten Flüssigkeitsverlust aus und unterstützen die bei Hitze eingeschränkte Nierenfunktion. Mehr zu trinken bedeutet allerdings auch häufigere Toilettengänge – öffentliche Toiletten stehen jedoch nur selten kostenfrei zur Verfügung. Somatisch und psychisch erkrankte Personen ohne Wohnung oder Obdach benötigen zudem eine an Hitze angepasste Medikation (zum Beispiel Reduktion von Diuretika, Ausgleich durch Elektrolytlösungen). Ebenso wie schwangere Personen ohne Wohnung oder Obdach sind sie auf eine erhöhte medizinische Aufmerksamkeit angewiesen. Suchterkrankte Menschen ohne Wohnung oder Obdach benötigen ebenfalls eine intensivere Betreuung, unter anderem durch Streetworkerinnen oder -worker, da ihre Thermoregulation durch suchtauslösende Substanzen zusätzlich beeinträchtigt wird und sie sich suchbedingt oft nicht hitzeadäquat verhalten (ambivalente Risikoeinschätzung von Hitze).

Die individuelle Möglichkeit zur Anpassung an Hitze ist zudem aufgrund räumlich-infrastruktureller Bedingungen sowie durch organisatorische Regelungen von Notunterkünften erschwert. Notunterkünfte liegen häufig zentral im Stadtkern und damit in den Hotspots der sommerlichen Hitze, zudem oft weiter entfernt von Grünflächen und Parkanlagen. Baulich handelt es sich zudem häufig um ältere, nicht klimatisierte Gebäude mit nur unzureichendem baulichem Hitzeschutz (beispielsweise fehlende Außenjalousien oder fehlende Begrünung durch Bäume bzw. Fassadenbegrünung). Aufgeheizte Übernachtungsräume, aber auch hohe nächtliche Außentemperaturen, führen zu Schlafmangel, verstärken die Hitzeerschöpfung und können eine Dehydratation begünstigen. Zudem müssen Notunterkünfte zumeist morgens verlassen werden und können erst abends wieder aufgesucht werden. Die wenigen Tageseinrichtungen liegen ebenfalls häufig im aufgeheizten Stadtkern, haben dieselben baulichen Defizite und sind oft nur stundenweise geöffnet.

Eingeschränkte Behandlungsmöglichkeiten

Ein zentrales Problem ist die verspätete oder fehlende medizinische Versorgung von Menschen ohne Wohnung oder Obdach bei Hitzeerkrankungen. Gründe hierfür sind der eingeschränkte Zugang zum regulären Gesundheitssystem, lebenslagenbedingte Zugangsbarrieren sowie die begrenzten medizinischen Möglichkeiten in den von Gesundheitsämtern oder karitativen Einrichtungen angebotenen substitutiven Versorgungsstrukturen. Dadurch bleiben Dehydrierung, Hitzeerschöpfung, Sonnenbrand und selbst der Sonnenstich häufig unbemerkt. Auch vermeintlich leichtere Hitzeerkrankungen wie Sonnenbrände können zu



einem erhöhten Risiko für Hautkrebs und zu anderen Hautproblemen führen. Dieser Mangel an medizinischer Aufmerksamkeit und Versorgung erhöht das Risiko eines hitzebedingten Todes bei Menschen ohne Wohnung oder Obdach erheblich.

A.3 Bedarfe während Hitzewellen

Der größte Bedarf von Menschen ohne Wohnung oder Obdach ist in vielen Fällen der nach einer eigenen Wohnung. Ein solcher Rückzugsort bietet nicht nur die Möglichkeit zu einem menschenwürdigen Leben, sondern stellt unter anderem auch gleichzeitig die wahrscheinlich effektivste Hitzeschutzmaßnahme dar.

Neben diesem zentralen Bedarf ist die Stärkung der Hitzeresilienz von Menschen ohne Wohnung oder Obdach von grundlegender Bedeutung. Hitzeresilienz beschreibt die Fähigkeit von Menschen, mit extremer Hitze umzugehen, sich an diese anzupassen und sich davon zu erholen [19]. Um dies zu erreichen, lassen sich drei wesentliche Bedarfsgruppen identifizieren: erstens die Verfügbarkeit kühler Orte, zweitens die Unterstützung zur individuellen Anpassung an Hitze und drittens die Unterstützung bei Krankheit. In diesem Abschnitt sollen diese Bedarfsgruppen kurz vorgestellt werden. Vorschläge für Maßnahmen, die Kommunen ergreifen können, um diese Bedarfe zu decken, sind in der Maßnahmenliste (Abschnitt C) aufgeführt.

Bedarf an kühlen Orten

Menschen ohne Wohnung oder Obdach bemühen sich – wie Menschen mit Wohnung oder Obdach auch – darum, während Hitzewellen kühle Orte aufzusuchen, an denen sie sich ungestört aufhalten können. Kühle Rückzugsorte im öffentlichen Raum, wie sie von Kommunen auf Karten veröffentlicht werden, sind für Menschen ohne Wohnung oder Obdach jedoch nur eingeschränkt nutzbar: Werden sie als obdach- oder wohnungslos erkannt, ist ihre Anwesenheit häufig nicht erwünscht oder wird wenig oder nicht akzeptiert. Hinzu kommt, dass viele Menschen ohne Wohnung oder Obdach in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Meist fehlen die finanziellen Mittel für Bus und Bahn; wollen sie nicht ordnungswidrig handeln, gehen sie überwiegend zu Fuß.

In der näheren Umgebung von Unterkünften für Menschen ohne Wohnung oder Obdach sowie im weiteren Stadtgebiet werden beschattete, kühle Ruhezonen benötigt. Diese Orte dienen dem Aufenthalt von Menschen ohne Wohnung oder Obdach, ohne dass diese befürchten müssen, angegriffen oder vertrieben zu werden. Um der extremen Mittagshitze zu entgehen, bedarf es mehr kühler Tagesstätten, in denen die Möglichkeit der Erfrischung gegeben ist und ungestört eine Mahlzeit eingenommen werden kann [20]. Auch, weil die Zahl der Menschen ohne Wohnung oder Obdach beständig zunimmt [19] und die Zahl der Tagesstätten dem zumeist nicht gerecht wird. Zudem adressieren Tagesstätten zum Teil eine bestimmte Gruppe von Menschen ohne Wohnung oder Obdach, beispielsweise ältere oder suchtkranke Menschen, was andere Betroffene von diesen Tagesstätten fernhält.





Rechtlicher Rahmen zur Unterbringung von Menschen ohne Wohnung oder Obdach

Nach § 14 des Ordnungsbehördengesetzes (OBG) sind Kommunen dazu verpflichtet, Menschen ohne Wohnung oder Obdach zu schützen, da durch Wohnungs- oder Obdachlosigkeit wichtige Grundrechte gefährdet sind. Dazu zählen:

- Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (Artikel 1 Absatz 1 GG)
- Jeder [und jede] hat das Recht auf freie Entfaltung seiner [oder ihrer] Persönlichkeit. (Artikel 2 Absatz 1 GG)
- Jeder [und jede] hat das Recht auf Leben und auf körperliche Unversehrtheit. (Artikel 2 Absatz 2 GG)

Folgende rechtliche Anforderungen an eine Unterbringung ergeben sich daraus:

- Nach § 14 Absatz 1 OBG haben Menschen ohne Wohnung oder Obdach einen Anspruch auf eine Unterbringung in einer menschenwürdigen Unterkunft, die Schutz vor der Witterung (unter anderem Hitze) bietet und Raum für die notwendigen Lebensbedürfnisse lässt.
- Menschen ohne Wohnung oder Obdach müssen ganztägig die Möglichkeit haben, sich in einer Unterkunft aufzuhalten. Nur so kann der Schutz vor der Witterung auch tagsüber gewährleistet werden. Die Menschenwürde erfordert überdies, dass ungeachtet der Witterungsverhältnisse ganztägig eine geschützte Sphäre zur Verfügung stehen muss [21].

Bedarfe zur Unterstützung von hitzeangepasstem Verhalten

Bei großer Hitze benötigen Menschen ohne Wohnung oder Obdach vermehrt Trinkwasser, das sie in Flaschen transportieren können. Um den erhöhten Flüssigkeitsbedarf insbesondere bei langanhaltender Hitze zu decken, bedarf es niedrigschwelliger Angebote in der unmittelbaren Umgebung der Obdachlosen-einrichtungen und in der Kommune [20].

Bei vermehrter Flüssigkeitsaufnahme entsteht der Bedarf nach kostenfreien Toiletten im öffentlichen Raum. Ebenso braucht es Dusch- und Badmöglichkeiten (zum Beispiel im Schwimm-/Freibad), sie sind für Menschen ohne Wohnung oder Obdach allerdings selten erschwinglich. Bei langanhaltender oder auch plötzlich einsetzender Hitze sind sie jedoch essenziell [15].

Leichte Kleidung, Duschgel/Seife, Sonnencreme, -brillen und Kopfbedeckungen sind typische Bedarfe bei großer Hitze und schützen vor Hitze- und UV-Belastung bzw. den Auswirkungen der Hitze auf den Körper [15].

Adäquate und spezifische Kommunikationswege für Hitzewarnungen, Verhaltensweisen und hitzespezifische Versorgungsmöglichkeiten sind wesentlich für die Gesunderhaltung und zur Abwehr hitzebedingter Gefahren von Menschen ohne Wohnung oder Obdach [18]. Viele Menschen ohne Wohnung oder Obdach

besitzen kein Smartphone bzw. keinen regelmäßigen Internetzugang. Sie benötigen dementsprechend Informationen in einer adressatinnen- und adressatengerechten Ansprache.

Auch die Versorgung mit Lebensmitteln kann während Hitzewellen zur weiteren gesundheitlichen Gefahr werden, da diese bei Hitze schneller verderben. Zur Lebensmittellagerung und Kühllhaltung werden daher entsprechende Möglichkeiten benötigt [17].

Bedarfe bei Krankheit

Hitzeerkrankungen wie Dehydratation, Sonnenbrand und Sonnenstich werden oft zu spät oder gar nicht erkannt. Hier besteht ein hoher Aufklärungsbedarf bei Menschen ohne Wohnung oder Obdach, aber auch bei Mitarbeitenden in den Unterkünften, Tagesstätten und bei Streetworkerinnen und -workern [17].

Chronisch Erkrankte, Schwangere sowie Kinder und Jugendliche ohne Wohnung oder Obdach haben bei großer Hitze einen erhöhten Bedarf an medizinischer und pflegerischer Aufmerksamkeit [17].

In den Gesundheitsämtern und Praxen wird für Hitzewellen eine breitere Auswahl an Arzneimitteln benötigt, um die Dauermedikation den Hitzebedingungen anzupassen und die Thermoregulation der Erkrankten zu verbessern (vgl. Abschnitt A.2). Ein Impfangebot gemäß STIKO (Ständige Impfkommission) gegen Pneumokokken, Hepatitis A und B, Tetanus (wichtig auch bei großflächigem Sonnenbrand), Grippe und COVID-19 ist ganzjährig sowohl bei Hitze als auch Kälte notwendig, um die Krankheitslast bei den betroffenen Menschen zu senken und ihre Hitzeresilienz zu erhöhen.

Literatur

- [1] Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2024): Gemeinsam für ein Zuhause – Nationaler Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit 2024. Berlin.
- [2] Statista (2025): Anzahl der Wohnungslosen in Deutschland nach Art der Wohnungslosigkeit in den Jahren 2022 und 2024. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1550182/umfrage/wohnungslose-in-deutschland-nach-art-der-wohnungslosigkeit/>. Letzter Abruf: 05.08.2025.
- [3] Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (2025): NRW: Knapp 118.000 Menschen wegen Wohnungslosigkeit untergebracht. Online unter: <https://www.it.nrw/nrw-knapp-118000-menschen-wegen-wohnungslosigkeit-untergebracht-127732>. Letzter Abruf: 05.08.2025.
- [4] Shah Hosseini N. & Runge P. (2022): Warum Unterbringung nicht gleich Wohnen bedeutet: Nicht-Wohnen im Kontext Flucht*Migration. In: Delić A., Kourtis I., Kytidou O., Sarkodie-Gyan S., Wagner U., Zölch J. (Hrsg.): Globale Zusammenhänge, lokale Deutungen. Wiesbaden. S. 189–201.
- [5] Blank B. (2021): Das Recht auf Schutz vor Gewalt gegen Frauen – ein intersektionaler Konzeptansatz. In: wohnungslos, 4/2021. S. 141–146.
- [6] Steckelberg C. & Eifler N. (2025): LSBTIQ+ und Wohnungslosigkeit – queere Erfahrungen und intersektionale Perspektiven für die Soziale Arbeit. In: ÖJS Österreichisches Jahrbuch für Soziale Arbeit. o. O. S. 93–112.



- [7] Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (2017): Kontaktpunkte mit Bezug auf das Wohnumfeld oder die wirtschaftliche Lage. Online unter: <https://medcode.ch/de/de/icds/ICD10-GM-2017/Z59>. Letzter Abruf: 23.04.2026.
- [8] Beckmann S. (2014): Die Lebens- und Gesundheitssituation älterer wohnungsloser Menschen – Ergebnisse aus einer Befragung in Münster. Viele haben chronifizierte psychische und körperliche Leiden. *Pflege Zeitschrift*, 67. S. 156–160.
- [9] Bauer T.E.S. (2012): Medizinische und soziodemographische Charakteristika der Patienten des Berliner Gesundheitszentrums für Obdachlose, Dissertationsschrift Institut für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitsökonomie der Medizinischen Fakultät Charité – Universitätsmedizin Berlin. Online unter: https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/9219/Dissertation_Obdachlosigkeit_Bauer.pdf?sequence=1. Letzter Abruf: 05.11.2025.
- [10] Meyer P. (2009): Diagnose "Obdachlosigkeit". In: *Deutsches Ärzteblatt*, 106 (9). S. 119.
- [11] Schindel D., Kleyer C. & Schenk L. (2020): Somatische Erkrankungen Wohnungsloser in Deutschland. Ein narratives Literaturreview der Jahre 2009–2019. *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 63 (10). S. 1189–1202.
- [12] Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (2025): Arbeitshilfen Kommunale Hitzeaktionsplanung in NRW. Gesundheitliche Auswirkungen von Hitze – Arbeitshilfe B-03. Online unter: https://www.lzg.nrw.de/_media/pdf/ges_foerd/arbeitshilfen_hap/B-03_AH-KHAP_Gesundheitliche_Auswirkungen_von_Hitze.pdf. Letzter Abruf: 26.05.2026.
- [13] Ebi K.L. et al., (2021): Hot weather and heat extremes: health risks. In: *The Lancet*, 398 (10301). S. 698–708.
- [14] Smith C.J. (2019): Pediatric Thermoregulation: Considerations in the Face of Global Climate Change. In: *Nutrients*, 11 (9). S. 1–24.
- [15] Winklmayr C., Matthies-Wiesler F., Muthers S., Buchien S., Kuch B et al. (2023): Hitze in Deutschland: Gesundheitliche Risiken und Maßnahmen zur Prävention. *Journal of Health Monitoring* 8 (S4). S. 3–34.
- [16] Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (2023). Untergebrachte wohnungslose Personen in Nordrhein-Westfalen am 31.01.2023 Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Altersgruppen. Online unter: https://www.it.nrw/system/files/media/document/file/286_23.pdf. Letzter Abruf: 23.04.2026.
- [17] Muth C.M. (2020): Hitzeerkrankungen. In: *Notfall + Rettungsmedizin*, 23. S. 299–312.
- [18] Matzarakis A. (2023): Hitze in Städten – Quantifizierung, Warnsysteme und Hitzeaktionspläne zum Schutz der menschlichen Gesundheit. In: *Promet*, 106. S. 61–70.
- [19] Statista (2024): Anzahl der Wohnungslosen in Deutschland von 1995 bis 2022. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36350/umfrage/anzahl-der-wohnungslosen-in-deutschland-seit-1995/>. Letzter Abruf: 23.04.2026.
- [20] World Health Organization (2008): Heat-health action plans: guidance. Online unter: <https://iris.who.int/server/api/core/bitstreams/79111f86-8583-4b25-be8e-7b183bfa14ba/content>. Letzter Abruf: 23.04.2026.
- [21] Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2022): Empfehlungen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen zur Ausgestaltung der ordnungsrechtlichen Unterbringung von obdachlosen Menschen. Düsseldorf.

Impressum

Herausgeber

Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (LfGA NRW)
Gesundheitscampus 10
44801 Bochum
Telefon: 0234 41692-5555
E-Mail: poststelle@lfga.nrw.de
lfga.nrw.de

Auflage 1.0
Bochum, Juni 2026

Autorinnen und Autoren

Christopher Husemann, Lea Antoine, Thomas Claßen, Selina Brünker, Raphael Sieber, Thea Jankowski, Odile Mekel
Fachgruppe Grundsatzfragen, Gesundheitskonferenzen, Klima und Gesundheit,
LfGA NRW

Anke Kietzmann
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Unter Mitwirkung von

Bettina Rudat (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts-
pflege des Landes Nordrhein-Westfalen), Stephanie Ferlings (Franziskanische
Sozialwerke Düsseldorf gGmbH), Fabian Dicks (Franziskanische Sozialwerke Düs-
seldorf gGmbH), Annika Pieper (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen), Isabel Schwenk (LfGA NRW), Dagmar Starke
(Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen)



B Maßnahmenentwicklung

B.1 Vorüberlegungen zur Maßnahmenentwicklung

Die vorliegende Handlungshilfe soll bei der Entwicklung von Maßnahmen zum Schutz von Menschen ohne Wohnung oder Obdach vor den gesundheitlichen Folgen von Hitze unterstützen. Eine gut gelingende Maßnahmenentwicklung ist Grundlage für ein möglichst effektives Vorgehen und hohe Verbindlichkeit zwischen den verantwortlichen Akteurinnen und Akteuren während der Umsetzung der Maßnahmen.

Maßnahmen

Maßnahmen sind Handlungen, die dazu dienen, Ziele zu erreichen (vgl. [1]). Um bedarfsgerechte Maßnahmen für Menschen ohne Wohnung oder Obdach entwickeln zu können, ist eine möglichst genaue Vorstellung sowohl von der Ausgangssituation als auch von den angestrebten Zielen notwendig. Ein gutes Verständnis von den sehr spezifischen Bedarfen und der konkreten Lebensrealität der Menschen ohne Wohnung oder Obdach hilft also, um effektive Maßnahmen entwickeln zu können (vgl. A.3).

DEFINITION – Maßnahmen

Maßnahmen tragen dazu bei, von einer als interventionsbedürftig bewerteten Ausgangssituation zu einem angestrebten Zielzustand zu gelangen. Maßnahmen werden zunächst entwickelt, anschließend umgesetzt und im Idealfall während der Umsetzung kontinuierlich evaluiert. Mehrere Maßnahmen mit ähnlicher Zielrichtung können zu Handlungsfeldern zusammengefasst werden [1].

Definition



Anforderungen an die Maßnahmenentwicklung

Kern der Maßnahmenentwicklung ist es, sich darüber zu verständigen, wer wann was mit welchen Ressourcen zu welchem Zweck unternimmt [2].

- **Wer** setzt die Maßnahme um?
- **Was** wird im Rahmen der Maßnahme gemacht?
- **Wann** wird die Maßnahme durchgeführt?
- **Welche Ressourcen** sind zur Umsetzung der Maßnahme notwendig?
- **Welches Ziel** verfolgt die Maßnahme?

Möglichst konkrete Antworten auf diese Fragen unterstützen die Umsetzung der Maßnahmen [2]. Jede entwickelte Hitzeschutzmaßnahme für Menschen ohne Wohnung oder Obdach kann in einem Maßnahmensteckbrief festgehalten werden. Maßnahmensteckbriefe dokumentieren und kommunizieren die wichtigsten Informationen zu Maßnahmen in übersichtlicher Form. Durch eine möglichst konkrete Benennung stellen sie eine hohe Verbindlichkeit her und bilden somit eine zentrale Arbeitsgrundlage für die Umsetzung der Maßnahmen [2].

Kontexte für die Maßnahmenentwicklung

Die Entwicklung von Maßnahmen zum Hitzeschutz für Menschen ohne Wohnung oder Obdach kann in verschiedenen Kontexten erfolgen, beispielsweise im Rahmen unterschiedlicher Prozesse oder Aufgabengebiete. Infrage kommen insbesondere Prozesse der kommunalen Hitzeaktionsplanung bzw. Klimaanpassung oder der kommunalen Wohnungs- und Obdachlosenhilfe. Maßnahmen können auch für spezifische Einrichtungen der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe entwickelt werden. Zudem können gemeinsame, ämterübergreifende Prozesse mehrerer kommunaler Akteurinnen und Akteure bedarfsgerechte und zielführende Maßnahmen hervorbringen.

Des Weiteren gilt es abzustimmen, wie sich Maßnahmen für den Hitzeschutz wohnungs- oder obdachloser Menschen in das instrumentelle Gesamtgefüge einer Kommune einbetten lassen. So können sie beispielsweise als Handlungsfeld in einen kommunalen Hitzeaktionsplan integriert werden. Sie können auch ein Handlungsfeld im Rahmen eines umfassenden Konzeptes der Wohnungs- oder Obdachlosenhilfe sein. Alternativ können sie einen eigenständigen Maßnahmenplan unabhängig von weiteren, umfassenderen Konzepten bilden (siehe Abb. 1). Wichtig ist es, die Maßnahmen (bzw. Maßnahmensteckbriefe) in einer schriftlich dokumentierten, gegebenenfalls konzeptionellen Form darzulegen, um die Verbindlichkeit zu gewährleisten und politische Befassungen zu ermöglichen.

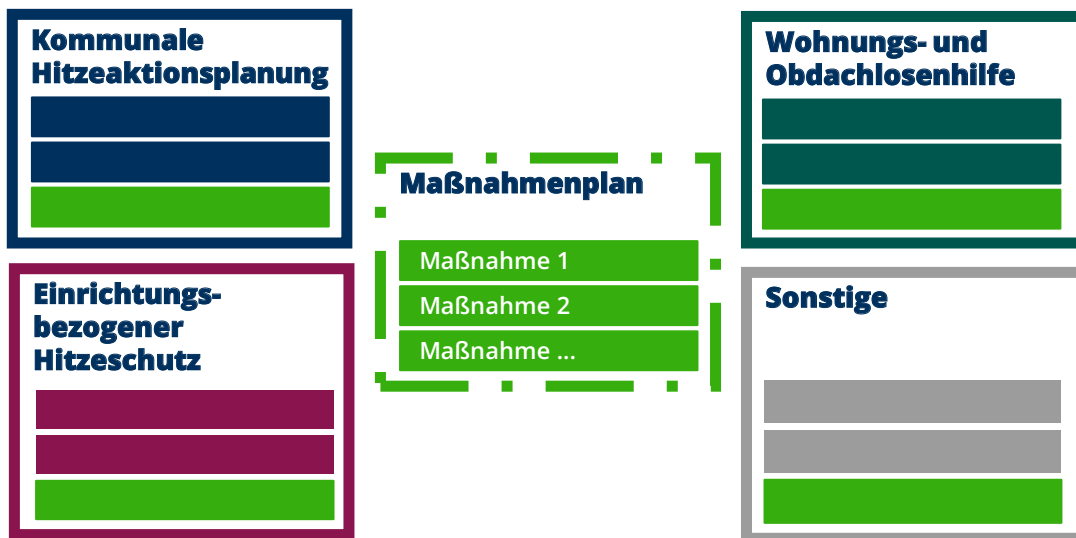


Abb. 1: Mögliche Kontexte der Maßnahmenentwicklung zum Hitzeschutz von Menschen ohne Wohnung oder Obdach (LfGA NRW)

B.2 Handlungsfähigkeit stärken

Im Folgenden werden Handlungsschritte vorgestellt, die dabei helfen sollen, konkrete Maßnahmen effektiv und effizient entwickeln und umsetzen zu können. Dazu gehören das Sichten bestehender Vorarbeiten, das Klären von Zuständigkeiten, die Partizipation von Menschen ohne Wohnung oder Obdach sowie das Nutzen einer Kommunikationskaskade.

Bestehende Vorarbeiten sichten

Um bei der Entwicklung von Maßnahmen Doppelarbeiten zu vermeiden und Synergien zu nutzen, ist es hilfreich, an eigene, aber gegebenenfalls auch fremde Vorarbeiten anzuknüpfen. So besteht womöglich bereits ein kommunales Hitzeschutzkonzept, welches Anschlussmöglichkeiten bietet (und eventuell ergänzt werden kann). Bereits vorhandene Analysen zu klimatischen oder sozialen Gegebenheiten vor Ort können genutzt werden, um sich einen Überblick über die lokale Situation und bereits bestehende Angebote zu verschaffen. Weitere Vorarbeiten können auch bestehende Strategien, Programme, Arbeitsgruppen oder laufende Projekte sein [3].

Für den Bereich des Hitzeschutzes für Menschen ohne Wohnung oder Obdach kann es zudem sinnvoll sein, sich folgende Fragen zu stellen:

- Gibt es bereits Strukturen zum Kälteschutz? Kann auf diese aufgebaut werden bzw. wie können diese angepasst und auf den Hitzeschutz übertragen werden?
- Welche Orte gelten als besonders hitzevulnerable Bereiche (Hitze Hotspots)?
- An welchen Orten halten sich Personen, spezifisch Menschen ohne Wohnung oder Obdach, bevorzugt auf?

Inwiefern ist Ihre Kommune vom Klimawandel betroffen?

Das Landesamt für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen (LANUK NRW) hat einen Klimaatlas entwickelt, der umfassende Klima-Informationen für ganz NRW bereitstellt. Adressgenau können Informationen zu relevanten Faktoren des Klimawandels auf anschaulichen Karten abgerufen werden. Gebiete, die besonders stark von Wärme belastet sind, können so leicht ermittelt werden.

Informieren Sie sich hier: klimaatlas.nrw.de

Exkurs



Fördermöglichkeiten finden und nutzen

Die Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen für Menschen ohne Wohnung oder Obdach ist auch eine Frage der verfügbaren Ressourcen. Oft fehlen das nötige Personal, finanzielle Mittel oder zeitliche Kapazitäten, um Maßnahmen nachhaltig planen und umsetzen zu können. Förderprogramme können hier eine wertvolle Unterstützung bieten – sei es zur kurzfristigen Umsetzung konkreter Maßnahmen oder zur Initiierung einer längerfristigen strukturellen Verankerung von Hitzeschutz. Es kann daher hilfreich sein, sich frühzeitig mit möglichen Förderwegen auseinanderzusetzen, Ansprechpartnerinnen und -partner zu identifizieren und passende Programme zu recherchieren.

Insbesondere für Trägerinnen und Träger der Wohnungslosenhilfe kann eine gezielte Förderung die Möglichkeit schaffen, zusätzliches Personal einzustellen, Kooperationsstrukturen aufzubauen oder Schutzmaßnahmen vor Ort konkret zu planen und umzusetzen. Auch die Einbindung ehrenamtlicher Unterstützung oder das Anstoßen von Pilotprojekten lässt sich zum Teil über Fördermittel realisieren.

Mögliche Förderzugänge und Programme sind:

Die Sommerhilfen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, welche zwischen 2022 und 2026 pro Jahr bereits 250.000 Euro für den Hitzeschutz von obdach- und wohnungslosen Personen bereitstellen.



Informieren Sie sich hier: mags.nrw/endlich-ein-zuhause

Eine Übersicht über Förderprogramme im Kontext der Klimafolgenanpassung in Nordrhein-Westfalen bietet das Förder-Navi des LANUK.



Informieren Sie sich hier:

klimaatlas.nrw.de/beratung-klimaanpassung/foerderung

Hinweis



Zuständigkeiten klären – eine (zeitweilige) „Task Force“ etablieren

Gerade im komplexen Zusammenspiel verschiedener kommunaler Akteurinnen und Akteure, Trägerinnen und Träger sowie Einrichtungen ist es wichtig, eindeutige (Haupt-)Verantwortlichkeiten zu benennen, um die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zu koordinieren. Ohne eine klare Verteilung der Aufgaben besteht stets das Risiko, dass Doppelstrukturen entstehen, Ressourcen ineffizient genutzt werden oder wichtige Maßnahmen auf der Strecke bleiben [4].

Eine Task Force, die sich im Sinne einer maßnahmenpezifischen Steuerungsgruppe explizit um die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen für den gesundheitsbezogenen Hitzeschutz von Menschen ohne Wohnung oder Obdach kümmert, kann helfen, den Gesamtprozess zu strukturieren und zentrale Aufgaben wie Planung und Umsetzung zu bündeln. Darüber hinaus kann sie dafür Sorge tragen, die essenziellen Akteurinnen und Akteure zur Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen für Menschen ohne Wohnung oder Obdach zu vernetzen und die Kommunikation mit Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zu übernehmen. Dabei ist zu beachten, dass die Task Force aufgabenspezifisch agiert, dementsprechend nicht auf Dauer angelegt sein muss und nach der Etablierung der Maßnahmen ihre Arbeit auch einstellen kann. Sollte weiterer Anpassungsbedarf erkennbar werden, könnte sie allerdings auch wieder schnell zusammenkommen, um so besonders effizient weiterarbeiten zu können.

Partizipation bei der Entwicklung von Maßnahmen ermöglichen

Die Entwicklung von Maßnahmen im Bereich des gesundheitsbezogenen Hitzeschutzes ist eine Gemeinschaftsaufgabe, bei der verschiedene Akteurinnen und Akteure zusammenwirken. Durch die aktive Einbindung von Betroffenen und lokalen Expertinnen und Experten wie Wohlfahrtsverbänden, Streetworkerinnen und Streetworkern sowie Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe entsteht ein kontextspezifisches Wissen, das bedarfsgerechte Maßnahmen und Handlungsempfehlungen ermöglicht [5]. Dabei übernehmen die Beteiligten ganz unter-

schiedliche Rollen, weshalb auch die Mitwirkung unterschiedlich gestaltet werden kann. So können sich die Mitwirkungsformate in Regelmäßigkeit, Formalität, Ressourceneinsatz und dem Maß der Entscheidungsbefugnisse unterscheiden.

Insbesondere bei der Planung gesundheitlicher Maßnahmen für und mit Menschen ohne Wohnung oder Obdach ist eine direkte Beteiligung besonders relevant, da ihre Bedürfnisse nur wenig bekannt sind. So fordern unter anderem die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W) sowie die Selbstvertretung wohnungsloser Menschen, Menschen ohne Wohnung oder Obdach als Expertinnen und Experten ihrer eigenen Situation anzuerkennen und die Hilfe zur Selbsthilfe in den Vordergrund zu rücken [6], [7].

Gelungene Partizipation schafft Räume, in denen Menschen ohne Wohnung oder Obdach ihre Perspektiven einbringen können. Sie fördert Empowerment, erhöht die Legitimität und die Akzeptanz der Maßnahmen und trägt zum Aufbau lokaler Netzwerke bei [8]. Auf diese Weise können Menschen ohne Wohnung oder Obdach selbst zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden, die nicht nur Maßnahmen zum gesundheitsbezogenen Hitzeschutz selbstständig (mit-)entwickeln und (mit-)umsetzen, sondern über diese Maßnahmen auch andere informieren.

Teilnehmende gewinnen und in geeigneten Formaten beteiligen

Bevor mit der Umsetzung von Beteiligungsformaten begonnen wird, lohnt es sich, sich über die Auswahl und Ansprache der Teilnehmenden Gedanken zu machen. Dabei gibt es einige Faktoren, die zu einer langfristigen Aktivierung der Beteiligten führen können [8]:

- persönliche oder berufliche Relevanz
- neutrale Moderation
- räumliche Nähe
- transparente Kommunikation von Zielen
- Einbeziehung lokaler Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (zum Beispiel Vereine, in denen sich (ehemals) Betroffene organisieren)
- Sicherstellung von Mitsprache-, Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten

Beispiele für Beteiligungsformate:

Das Institut für Partizipatives Gestalten erläutert einige Beteiligungsformate ausführlich und stellt allgemeine Informationen für Beteiligungsformate bereit.

Informieren Sie sich hier: [gut-beteiligt.de](https://www.gut-beteiligt.de)

Der Beteiligungskompass der Bertelsmann Stiftung stellt ebenfalls Grundlagen, Praxisbeispiele, Methoden und Leitfäden zum Thema Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung zur Verfügung.

Informieren Sie sich hier: [beteiligungskompass.org](https://www.beteiligungskompass.org)

Welche weiteren Akteursgruppen können einbezogen werden?

Neben Menschen ohne Wohnung oder Obdach gibt es eine Vielzahl an weiteren Akteurinnen und Akteuren, die in den Prozess der Maßnahmenentwicklung und -umsetzung mit einbezogen werden können. Folgend finden Sie eine nicht abschließende Liste weiterer Akteursgruppen:



Hinweis



Mögliche Akteurinnen und Akteure

- **Kommunalverwaltung**
Gesundheitsamt, Sozialamt, Ordnungsamt, Stadtplanungsamt, Umweltamt, Pressestelle, Feuerwehr, Zivilschutz etc.
- **Politik**
Stadtrat, Gemeinderat, Kreistag, Ausschüsse, Bezirksvertretungen, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrat etc.
- **lokale Multiplikatorinnen und Multiplikatoren**
Beratungsstellen, Suchthilfe, Gesundheitskioske, Quartiermanagements, Stadtteilcafés, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter (Streetwork) etc.
- **weitere (auch nicht-kommunale) Trägerinnen und Träger öffentlicher Belange**
Sozialarbeit im Hilfesystem Wohnungslosenhilfe, Trägerinnen und Träger von Feuerwehr und Rettungsdiensten, Trägerinnen und Träger von Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen, Hilfsorganisationen, Kirchengemeinden etc.
- **Bevölkerung**
engagierte Einzelpersonen, Bürgerinitiativen, Nachbarschaftsnetzwerke etc.
- **Gremien und Beiräte**
Gesundheitskonferenz, Beirat für Menschen mit Behinderungen, Jugendbeirat, Integrationsbeirat etc.
- **Verbände und Vereine**
Ehrenamtsinitiativen, Stadtteilvereine, Glaubensgemeinschaften etc.
- **Unternehmen**
lokale Unternehmen (beispielsweise Betriebe in Innenstädten wie Gastronomie und Shopping-Center), Unternehmen des Gesundheitswesens, Dienstleister (wie private Planungsbüros) etc.
- **lokale Medien**
Zeitungen, Rundfunk etc.
- **Wissenschaft**
Hochschulen, Forschungsinstitute etc.

B.3 Kommunikation effektiv gestalten

Für Menschen ohne Wohnung oder Obdach, die nicht immer Zugang zu geläufigen Kommunikationskanälen (Internetseiten, Soziale Medien etc.) haben, ist gerade auch im gesundheitsbezogenen Hitzeschutz eine adressatinnen- und adressatengerechte Ansprache wichtig. Kommunikation kann es ermöglichen, zum einen auf gesundheitliche Risiken aufmerksam zu machen und zum anderen individuelle sowie gesellschaftliche Handlungsspielräume aufzuzeigen. Eine bewusste und strategisch geplante Kommunikationsarbeit kann dazu beitragen, Schutzmaßnahmen unter Menschen ohne Wohnung oder Obdach bekannter zu machen, das öffentliche Bewusstsein zu stärken und Stigmatisierungen abzubauen.

Berücksichtigung in Kommunikationskaskaden

Um sicherzustellen, dass die entwickelten Maßnahmen auch Menschen ohne Wohnung oder Obdach erreichen und sie über Hitzewarnungen informiert werden, können Kommunikationskaskaden neu aufgestellt oder bestehende an die

Situation von Menschen ohne Wohnung oder Obdach angepasst werden. Eine Kommunikationskaskade (oder auch Informations- bzw. Warnkaskade) dient im Akutfall der Weitergabe von Informationen, wie der Verbreitung von Hitzewarnungen, der Veranlassung von Handlungen und dem Auslösen von Hitzeschutzmaßnahmen. So können Hitzewarnungen und Handlungsinformationen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) zentral – etwa durch die Task Force – entgegengenommen und anschließend über festgelegte Kanäle weitergegeben werden. Eine Weiterleitung sowohl vertikal (etwa von Behörden an Einrichtungen) als auch horizontal (zum Beispiel zwischen Fachbereichen) kann sinnvoll sein. Ziel einer Kommunikationskaskade ist, nicht nur die Warnung weiterzugeben, sondern auch konkrete Schutzmaßnahmen vor Ort auszulösen (vgl. Abschnitt C Maßnahmenliste). Es wird empfohlen, die Kommunikationswege, Inhalte und Zuständigkeiten vorab zu definieren, die Kaskade regelmäßig zu testen und gegebenenfalls auf bestehende Strukturen zurückzugreifen. Um eine Überlastung der Einrichtungen zu vermeiden, sollte auf eine klare und zielgerichtete Kommunikation geachtet werden [9].

Damit eine Kommunikationskaskade auch Menschen ohne Wohnung oder Obdach erreicht, kann es sinnvoll sein, kommunale Gremien, in denen alle Trägerinnen und Träger der Wohnungslosenhilfe vertreten sind, mit einzubeziehen oder diese zu etablieren. So könnte die Kommunikationskaskade schnellstmöglich den Kreis der Adressierten erreichen, damit notwendige Maßnahmen zügig umgesetzt werden.

Die folgende Abbildung zeigt den möglichen Ablauf einer Kommunikationskaskade am Beispiel einer Hitzewarnung.

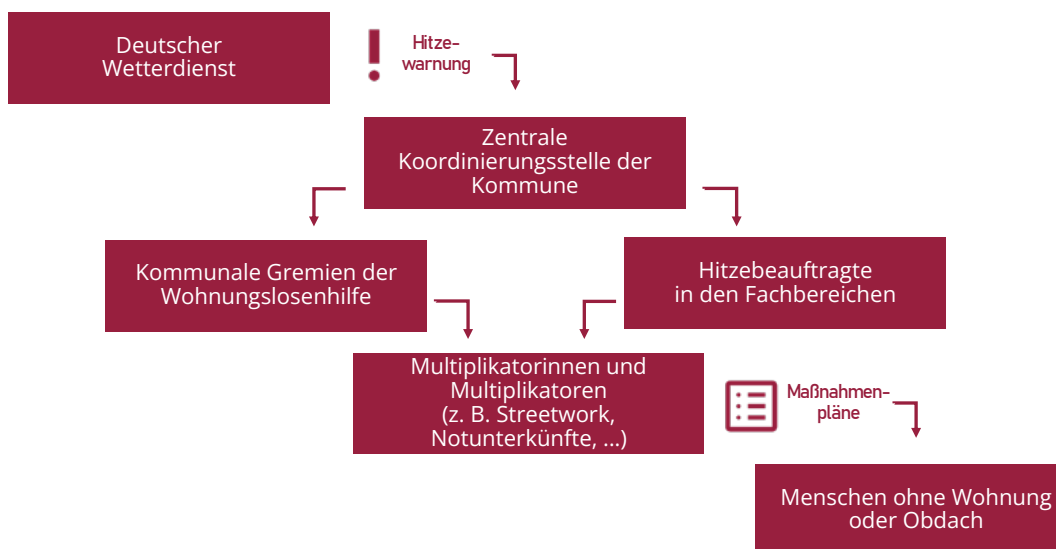


Abb. 2: Beispielhafte Kommunikationskaskade für eine Hitzewarnung (LfGA NRW)

Kommunikationsmaßnahmen entwickeln

Bei der Entwicklung von Kommunikationsmaßnahmen sind zunächst grundlegende Ziele zu definieren. Mögliche Zielsetzungen können beispielsweise sein, die Sensibilität für die besondere Betroffenheit von Menschen ohne Wohnung oder Obdach bei Hitze zu fördern oder Vorurteile gegenüber dieser Personengruppe gezielt anzusprechen und abzubauen. Ebenso kann die Vermittlung von leicht zugänglichem Wissen zu Risiken, Schutzmöglichkeiten und Hilfsangeboten ein



zentraler Bestandteil sein – sowohl für Menschen ohne Wohnung oder Obdach selbst als auch für die Allgemeinbevölkerung. Darüber hinaus können Kommunikationsmaßnahmen darauf ausgerichtet sein, konkretes Handeln zu ermöglichen: Etwa indem zentrale Stellen sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren durch aufbereitete Informationen dazu befähigt werden, Hitzeschutzmaßnahmen durchzuführen, oder indem die Bevölkerung ermutigt wird, im Alltag Hilfe zu leisten, zum Beispiel Wasser anzubieten oder einen Notruf abzusetzen. Auch die Einbindung von Menschen ohne Wohnung oder Obdach in die Kommunikation, beispielsweise durch die Beteiligung an Informationskampagnen oder durch Peer-to-Peer-Ansätze, kann ein wichtiger Bestandteil sein, um Partizipation zu stärken, die Schutzmöglichkeiten zu erhöhen und die Gefahr von Hitzeerkrankungen zu senken (vgl. Abschnitt A.2).

Insgesamt ist Kommunikationsarbeit im Hitzeschutz ein wirksames Instrument, um gesellschaftliche Verantwortung zu fördern und gleichzeitig die Selbstbestimmung und Sichtbarkeit von Menschen ohne Wohnung oder Obdach zu unterstützen.

Zielgruppen und Kommunikationsformate

Wie bereits dargelegt, ist die Planung von Hitzeschutzmaßnahmen ein Prozess, an dem viele Akteurinnen und Akteure beteiligt sind. Dementsprechend ist auch bei der Kommunikation darauf zu achten, die verschiedenen Adressatenkreise mit spezifischen Themen und Medien anzusprechen. Folgende Tabelle soll schematisch darstellen, welche Personengruppen mit welchen Formaten und mit welchen Inhalten angesprochen werden könnten [10], [11]. Sie ist als Ideensammlung und keinesfalls abschließend zu verstehen. Auch die Zuordnungen können je nach Kontext unterschiedlich ausfallen. Konkrete Kommunikationsmaßnahmen befinden sich in der Maßnahmenliste (Abschnitt C).

Alle

Inhalte	Formate und Distribution
Individuelle Risiken: Auswirkungen von Hitze, Symptome von Dehydrierung, Hitzschlag	Analoge Formate: Poster, Flyer Digitale Formate: Soziale Medien, Webseiten
Handlungsempfehlungen: Verhalten an Hitzetagen, Erste Hilfe bei Hitzeerkrankungen	

Menschen ohne Wohnung oder Obdach

Inhalte	Formate und Distribution
<p>Kommunale Angebote: Öffnungszeiten von kühlen Orten, „Kühle Orte“-Karten, Standorte von Trinkwasserstellen, Beratungsstellen, Notunterkünfte und Tagesaufenthalte, weitere Hilfsangebote</p>	<p>Analoge Formate: Poster, Flyer, Folder, Postkarten, Sticker, Fächer</p> <p>Orte für die Distribution von Materialien: Beratungsstellen, Gemeinschaftsunterkünfte, Tageseinrichtungen, Dusch- und Schlafstellen, Essensausgabestellen, in Parks, an Verkehrsknotenpunkten, in und an (U-)Bahnhöfen</p> <p>Materialgestaltung: prägnante Sprache, grafisch gestützt, im Optimalfall mehrsprachig</p> <p>Persönliche Ansprache: direkte Kommunikation oft besonders wirksam</p>

Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Inhalte	Formate und Distribution
<p>Aufbereitete Infomaterialien: „Kühle Orte“-Karte, Hitzeschutztipps und -maßnahmen, die an Menschen ohne Wohnung oder Obdach weitergegeben werden können</p> <p>Hitzeschutzmaßnahmen: für das eigene Personal aufbereitet</p>	<p>Workshops und Schulungen: für Fachkräfte, Ehrenamtliche und interessierte Bürgerinnen und Bürger</p> <p>Bilateraler Austausch: Dialogformate mit Betroffenen und Fachpersonal</p>

Politik und Verwaltung

Inhalte	Formate und Distribution
<p>Aufbereitete Infomaterialien: Gefährdungslage von Menschen ohne Wohnung oder Obdach</p> <p>Empfehlungen: Ausstattung von kommunalen Einrichtungen für Menschen ohne Wohnung oder Obdach entsprechend der besonderen Bedarfe im Hitzeschutz</p>	<p>Bestehende Austauschformate: Gremienarbeit, Runde Tische</p> <p>Bestehende Plattformen: Newsletter, Intranetmeldungen, Bürgerbüros, Quartiersbüros</p>

Allgemeinbevölkerung

Inhalte	Formate und Distribution
<p>Gesellschaftliche Verantwortung: was jede und jeder tun kann, Reduktion von Vorurteilen und Hemmnissen</p>	<p>Magazine & Zeitungen: lokale Beiträge, Interviews, Berichte über Betroffene</p> <p>Webseiten: zentrale Plattform mit Material, (Kühle Orte-)Karten, Anlaufstellen und Kontaktmöglichkeiten</p> <p>Soziale Medien: Kampagnen, Videos mit Handlungsempfehlungen</p> <p>Marktstände, Veranstaltungen: Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen lokaler Feste oder Aktionstage</p>

Sensibilisierung der Allgemeinbevölkerung – Stigmatisierung abbauen

Menschen ohne Wohnung oder Obdach gehören zu den am stärksten stigmatisierten Gruppen in unserer Gesellschaft (vgl. Abschnitt A.2). Diese Stigmatisierung führt dazu, dass Betroffene während Hitzeperioden oftmals nicht die Hilfe bekommen, die sie benötigen. Die Gründe hierfür sind nicht nur strukturelle Bedingungen, wie eine häufig fehlende Krankenversicherung, sondern auch Vorurteile und Hemmnisse in der Allgemeinbevölkerung [12]. Durch eine Sensibilisierung der Allgemeinbevölkerung können Empathie geschaffen, Vorurteile abgebaut und Verantwortung gestärkt werden, wodurch die Hilfsbereitschaft gegenüber obdach- und wohnungslosen Menschen, insbesondere in den Sommermonaten, gestärkt werden kann.

Kommunikationsansätze gegen Stigmatisierung

<p>Aufklären und informieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ faktenbasiert kommunizieren: Lebensrealitäten und strukturelle Ursachen von Wohnungslosigkeit erklären ■ Rechte betonen: Menschen ohne Wohnung oder Obdach haben ein Recht auf Würde, Teilhabe und Schutz 	<p>Neue Bilder schaffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ nicht-defizitär erzählen: Keine einseitige Darstellung als Opfer oder Problem ■ Menschen ohne Wohnung oder Obdach Raum geben, selbst zu sprechen ■ Betroffene in Workshops oder Kommunikationsplanung einbeziehen
<p>Sprache bewusst wählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ stigmatisierende Begriffe vermeiden ■ inklusive Sprache fördern 	<p>Medien sensibilisieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Redaktionen ansprechen: Informationsangebote für lokale Presse schaffen ■ Missstände thematisieren: Medien nutzen, um auf strukturelle Lücken in der Versorgung hinzuweisen

Was kann jede und jeder Einzelne tun?

Auch ohne institutionellen Rahmen kann jede Person einen Beitrag zum Schutz von Menschen ohne Wohnung oder Obdach an Hitzetagen leisten, zum Beispiel:

- **Aufmerksamkeit zeigen:** Freundlich ansprechen, Interesse zeigen, nicht wegsehen
- **Trinken anbieten:** Wasser oder Saftschorlen spenden, auf Refill-/Auffüll-Stationen hinweisen
- **kühle Orte benennen:** Kirchen und gegebenenfalls weitere religiöse Einrichtungen, öffentliche Gebäude, Schattenplätze
- **Spenden:** Geld, Sonnencreme, Kopfbedeckungen, leichte Kleidung, Wasserflaschen
- **in Notfällen handeln:** Bei Anzeichen von Hitzschlag sofort den Notruf wählen (112)

In diesem Kontext ist es wichtig zu betonen, dass der Hitzeschutz für Menschen ohne Wohnung oder Obdach eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist – individuelle Hilfsbereitschaft kann Symptome lindern, aber nicht die strukturellen Ursachen beheben. Deshalb braucht es auch politische und gesellschaftliche Verantwortung.

Weitere Informationen:

Das Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (LfGA NRW) bietet Einrichtungen, Institutionen und Kommunen mit dem Katalog zur Erstellung von Kommunikationsmaterialien ein Unterstützungsangebot bei der Erstellung eigener Angebote und Hilfen. Ziel ist dabei die Förderung einer wirksamen, adressatinnen- und adressatengerechte Kommunikation und damit die Stärkung der hitzesensiblen Gesundheitskompetenz der gesamten Bevölkerung in NRW.

@ **Informieren Sie sich hier: www.lzg.nrw.de/11803038**

Darüber hinaus bietet das LfGA NRW mehrsprachige Flyer und Poster, um den Hitze- und UV-Schutz in NRW zu stärken. Die Informationsmaterialien sind in erster Linie an die Allgemeinbevölkerung adressiert und sind in den Sprachen Deutsch, Türkisch, Arabisch, Russisch, Polnisch und Englisch verfügbar.

@ **Informieren Sie sich hier: www.lzg.nrw.de/11802990**

Das Informationsportal Hitze und Gesundheit ist ein weiteres Serviceangebot mit leicht verständlichen Informationen. Neben aktuellen Hitzewarnungen des DWD finden sich hier auch Informationen zu hitzebedingten Erkrankungen, Hitze-Tipps sowie Maßnahmen und unterstützende Materialien für besonders gefährdete Personengruppen wie Menschen ohne Wohnung oder Obdach.

@ **Informieren Sie sich hier: www.hitze.nrw.de**

Hinweis



Literatur

- [1] Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (2025): Arbeitshilfen Kommunale Hitzeaktionsplanung in NRW. Maßnahmen entwickeln – Arbeitshilfe C-13. Online unter: https://www.lzg.nrw.de/_media/pdf/ges_foerd/arbeitshilfen_hap/C-13_AH-KHAP_Massnahmen_entwickeln.pdf. Letzter Abruf: 26.05.2026.
- [2] Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (2025): Arbeitshilfen Kommunale Hitzeaktionsplanung in NRW. Maßnahmensteckbriefe verfassen – Arbeitshilfe C-14. Online unter: https://www.lzg.nrw.de/_media/pdf/ges_foerd/arbeitshilfen_hap/C-14_AH-KHAP_Massnahmensteckbriefe_verfassen.pdf. Letzter Abruf: 26.05.2026.
- [3] Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (2025): Arbeitshilfen Kommunale Hitzeaktionsplanung in NRW. Vorarbeiten sichten – Arbeitshilfe C-07. Online unter: https://www.lzg.nrw.de/_media/pdf/ges_foerd/arbeitshilfen_hap/C-07_AH-KHAP_Vorarbeiten_sichten.pdf. Letzter Abruf: 26.05.2026.
- [4] Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (2025): Arbeitshilfen Kommunale Hitzeaktionsplanung in NRW. Zuständigkeiten festlegen – Arbeitshilfe C-03. Online unter: https://www.lzg.nrw.de/_media/pdf/ges_foerd/arbeitshilfen_hap/C-03_AH-KHAP_Zustaendigkeiten_festlegen.pdf. Letzter Abruf: 26.05.2026.
- [5] Kietzmann A. (2023): Evaluation, Evidenz und Intervention im Öffentlichen Gesundheitsdienst. In: Public Health Forum, 31. S. 316–318.
- [6] Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W) (2015): Empfehlung – Mehr Partizipation wagen – Förderung und Unterstützung von Partizipation in der Wohnungslosigkeit. Online unter: https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/POS/POS_15_Empfehlung_Partizipation.pdf. Letzter Abruf: 26.05.2026.
- [7] Selbstvertretung wohnungsloser Menschen (2018): Fünf-Punkte-Programm. Online unter: https://www.wohnungslosentreffen.de/images/pdf/20180727_Fuenf_Punkte_Programm_Selbstvertretung.pdf. Letzter Abruf: 26.05.2026.
- [8] Grothmann T., Michel T. & Ediz E. (2021): Praxisleitfaden – Urbane Klimaresilienz partizipativ gestalten. Online unter: https://bresilient.de/wp-content/uploads/2021/07/Praxisleitfaden_Urbane_Klimaresilienz_partizipativ_gestalten.pdf. Letzter Abruf: 26.05.2026.
- [9] Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (2025): Arbeitshilfen Kommunale Hitzeaktionsplanung in NRW. Kommunikationskaskade nutzen – Arbeitshilfe C-16. Online unter: https://www.lzg.nrw.de/_media/pdf/ges_foerd/arbeitshilfen_hap/C-16_AH-KHAP_Kommunikationskaskade_nutzen.pdf. Letzter Abruf: 26.05.2026.
- [10] Bundesministerium für Gesundheit (2024): Kommunikationsleitfaden. Wohnungslose Menschen vor Hitze schützen. Online unter: https://hitzeservice.de/wp-content/uploads/2024/05/BMG_Hitze_Leitfaden_Wohnungslose.pdf. Letzter Abruf: 26.05.2026.
- [11] SMARTilience - Urban Governance Toolbox (2026): Sensibilisierung wohnungsloser Menschen zum Thema Hitze. Online unter: <https://klimawerkzeugkasten.smartilience.de/steckbriefe/sensibilisierung-wohnungsloser-menschen-zum-thema-hitze/>. Letzter Abruf: 14.07.2025.
- [12] Gerull S. (2018): „Unangenehm“, „arbeitsscheu“, „asozial“ – Zur Ausgrenzung von wohnungslosen Menschen. Online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/270886/unangenehm-arbeitsscheu-asozial/>. Letzter Abruf: 26.05.2026.

Impressum

Herausgeber

Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (LfGA NRW)
Gesundheitscampus 10
44801 Bochum
Telefon: 0234 41692-5555
E-Mail: poststelle@lfga.nrw.de
lfga.nrw.de

Auflage 1.0
Bochum, Juni 2026

Autorinnen und Autoren

Christopher Husemann, Lea Antoine, Thomas Claßen, Raphael Sieber, Selina Brünker, Thea Jankowski, Odile Mekel
Fachgruppe Grundsatzfragen, Gesundheitskonferenzen, Klima und Gesundheit,
LfGA NRW

Anke Kietzmann
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Unter Mitwirkung von

Bettina Rudat (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts-
pflege des Landes Nordrhein-Westfalen), Stephanie Ferlings (Franziskanische
Sozialwerke Düsseldorf gGmbH), Fabian Dicks (Franziskanische Sozialwerke Düs-
seldorf gGmbH), Annika Pieper (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen), Isabel Schwenk (LfGA NRW), Dagmar Starke
(Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen)



C Maßnahmenliste

Die folgende Liste zeigt ein Spektrum möglicher Hitzeschutzmaßnahmen für Menschen ohne Wohnung oder Obdach, die in Abhängigkeit von den entsprechenden Jahreszeiten ergriffen werden können. Die skizzierten Maßnahmen sind als Beispiele zu verstehen und beruhen maßgeblich auf Praxiserfahrungen von Kommunen, die dankenswerterweise im Rahmen einer Umfrage bei der Erstellung dieser Liste unterstützt haben.

Die einzelnen Maßnahmen können, wie in Abschnitt B.1 dargestellt, in verschiedene konzeptionelle Kontexte, wie einen Hitzeaktionsplan, integriert werden. Sie können aber auch eigenständig entwickelt und umgesetzt werden. Die spezifischen Zusammenhänge der Maßnahmenumsetzung müssen stets den konkreten Anforderungen der Kommunen und den bestehenden Strukturen vor Ort genügen.

Langfristige und ganzjährige Maßnahmen



Mittel- und langfristige Maßnahmen, beispielsweise bauliche Vorhaben, werden über einen Zeitraum von mehreren Monaten oder Jahren, größtenteils unabhängig von den Jahreszeiten, umgesetzt.

Auf kommunaler Ebene:

- Schaffung von dauerhaftem, bezahlbarem Wohnraum, um langfristig Schutz vor Witterungsextremen zu bieten
- Etablierung einer Kommunikationskaskade, die Menschen ohne Wohnung oder Obdach erreicht (siehe Abschnitt B.2)
- Gewährleistung des Zugangs zu Trinkwasser:
 - Aufstellung von Trinkwasserbrunnen an zentralen Orten, die unentgeltlich genutzt werden können
- Schaffung von kühlen Orten:
 - Begrünung öffentlicher Plätze
 - Etablierung schattenspendender Infrastrukturen (zum Beispiel durch Bäume oder Sonnensegel)
- Etablierung von Strukturen der mobilen und aufsuchenden Hilfe (etwa ein Arztmobil, welches bekannte Orte im Stadtgebiet ganzjährig anfährt, um niedrigschwellige medizinische Hilfe anzubieten)
- Ermittlung des Schulungsbedarfs der Streetworkerinnen und -worker und Durchführung entsprechender Schulungen (beispielsweise zu hitzebedingten Gesundheitsgefahren sowie typischen Symptomen von hitzebedingten Erkrankungen)

In Einrichtungen der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe:

- Bereitstellung von Notschlafstellen und Tagesaufenthalt:
 - sicherstellen, dass Notschlafstellen und Tagesaufenthalte ganzjährig geöffnet sind und genügend Plätze zur Verfügung stehen
 - Bereitstellung von Sanitäreinrichtungen in den Unterkünften
 - Vorbereitung der Gebäude auf Hitze (zum Beispiel Verschattung von Fenstern sicherstellen, Kühlungs- und Klimatisierungskonzept entwickeln, Jalousien, Ventilatoren)
- Ermittlung des Schulungsbedarfs des Personals und Durchführung entsprechender Schulungen (etwa zu hitzebedingten Gesundheitsgefahren sowie typischen Symptomen von hitzebedingten Erkrankungen)

Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Sommer



Die Vorbereitungen auf die Sommermonate sollten am besten im Winter bzw. Frühjahr, vor der ersten Hitzeperiode, getroffen werden.

Auf kommunaler Ebene:

- Überprüfung der Notfalllogistik und Gewährleistung der wichtigsten Ressourcen (Wasser, Personal und Schutzräume)
- Aufbereitung von Informationsmaterialien:
 - Erstellung von Informationsmaterialien (beispielsweise Flyer), die über das richtige Verhalten bei Hitze informieren
 - Vorbereitung von Plakaten, die über Trinkwassermöglichkeiten und kühle Orte in der Kommune aufklären
 - Verteilung von Informationsmaterialien (zum Beispiel Flyer) an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Menschen ohne Wohnung oder Obdach und Anbringung von Plakaten
- Überprüfung und Gewährleistung des Zugangs zu Trinkwasser:
 - Verteilung von Trinkflaschen an Menschen, die kein geeignetes Gefäß mit sich führen
 - Menschen ohne Wohnung oder Obdach über die entsprechenden Orte und Angebote informieren
- Identifizierung und Vorbereitung von kühlen Orten für den Sommer:
 - Erweiterung von bestehenden Informationen und Karten um weitere Orte und Informationen
 - Sensibilisierung von privaten Akteurinnen und Akteuren sowie Eigentümerinnen und Eigentümern von „halböffentlichen“ Orten (Einkaufszentren, Bahnhöfe) und Einladung, diese Orte für Menschen ohne Wohnung oder Obdach zu öffnen
 - Aufbereitung der Informationen, sodass sie in den Sommermonaten Menschen ohne Wohnung oder Obdach zur Verfügung stehen
- Sensibilisierung der Streetworkerinnen und -worker (zum Beispiel durch die regelmäßige Thematisierung des Themas bei Dienstbesprechungen)

In Einrichtungen der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe:

- Überprüfung der Maßnahmen zur Verschattung und Kühlung der Räumlichkeiten
- Sensibilisierung der Mitarbeitenden (etwa durch die regelmäßige Behandlung des Themas bei Dienstbesprechungen)

Maßnahmen während des Sommers



Während der Sommermonate werden die vorbereiteten Maßnahmen umgesetzt. Betroffene Personen sollten fortlaufend unterstützt werden. Die Maßnahmen, die während des Sommers umgesetzt werden, werden ab Warnstufe 1 des DWD ausgeweitet und intensiviert.

Auf kommunaler Ebene:

- Aktivierung der Kommunikationskaskade bei Hitzewarnung
- Intensivierung der aufsuchenden Arbeit:
 - Streetworkerinnen und Streetworker sowie der Ordnungsdienst begehen regelmäßig die einschlägigen Bereiche, die von Menschen ohne Wohnung oder Obdach aufgesucht werden, und stehen diesen Menschen beratend zur Seite
 - Einsatz von Medi-, Wasch-, Dusch- oder Versorgungsbussen
 - Verteilung von Trinkwasser, Trinkflaschen, kühlenden Tüchern, Hygieneartikeln sowie Sonnen- und Hitzeschutzmitteln wie Kopfbedeckungen und leichter Kleidung, Sonnencremes, Zelten und Sommerschlafsäcken
 - Beratung zu weiteren Hilfsangeboten des Sozialamtes (zum Beispiel zur ordnungsrechtlichen Unterbringung in den städtischen Notfallunterkünften)
- Intensivierung der Informationsweitergabe:
 - Informationsflyer verteilen und Plakate aufhängen, die auf Trinkwasserbrunnen, „Auffüll-/Refill-Stationen“ und kühle Rückzugsorte hinweisen
- Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedürfnisse von Menschen ohne Wohnung oder Obdach und Aufruf, in Notfällen zu helfen (beispielsweise durch Pressemitteilungen)
- Sensibilisierung der Streetworkerinnen und Streetworker, in allen Bereichen auf Maßnahmen des Selbstschutzes zu achten (Pausen machen, genügend trinken usw.)

In Einrichtungen der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe:

- Anpassung der Öffnungszeiten und die Bereitstellung von kühlen Aufenthaltsräumen, die auch tagsüber geöffnet sind, um Schutz vor der Mittagshitze zu ermöglichen
- Möglichkeiten anbieten, um persönliche Gegenstände (auch die Winterbekleidung) über mehrere Tage zu lagern und eine zusätzliche Gewichtsbelastung zu vermeiden
- Verteilung von Getränken, Sonnenschutzmitteln und angemessener Kleidung
- Sensibilisierung des eigenen Personals, in allen Bereichen auf Maßnahmen des Selbstschutzes zu achten (Pausen machen, genügend trinken usw.)

Weitere Maßnahmenlisten finden Sie hier:

Leuphana Universität Lüneburg (2025): Arbeitshilfe für Kommunen zur Beachtung wohnungsloser Menschen in Hitzeaktionsplänen (HAP). Praxisprodukt im Rahmen des transdisziplinären StudiKommKlima-Seminars. Online unter:

<https://doi.org/10.48548/pubdata-1714>. Letzter Abruf: 24.04.2026.

Stadt Berlin (2023): Musterhitzeschutzplan für Einrichtungen zur medizinischen Versorgung von obdach- bzw. wohnungslosen Menschen. Online unter:

<https://hitzeschutz-berlin.de/wp-content/uploads/2023/08/Musterhitzeschutzplan-med-Einrichtungen-obdachlose-Menschen.pdf>.

Letzter Abruf: 24.04.2026.

Stadt Bochum (2025): Hitzekonzept. Obdach- und Wohnungslose bei Hitze schützen. Online unter:

[https://www.bochum.de/C125830C0042AB74/vwContent-ByKey/W2CGCAR2669BOCMDE/\\$File/Hitzekonzept.pdf](https://www.bochum.de/C125830C0042AB74/vwContent-ByKey/W2CGCAR2669BOCMDE/$File/Hitzekonzept.pdf).

Letzter Abruf: 24.04.2026.

Stadt Stuttgart (2025): Hitzeschutzplan für die Wohnungsnotfallhilfe. Online unter:

https://www.stuttgart.de/medien/ibs/hitze-musterhitzeschutzplan_wohnungsloshilfe.pdf. Letzter Abruf: 24.04.2026.

Hinweis



Impressum

Herausgeber

Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (LfGA NRW)
Gesundheitscampus 10
44801 Bochum
Telefon: 0234 41692-5555
E-Mail: poststelle@lfga.nrw.de
lfga.nrw.de

Auflage 1.0
Bochum, Juni 2026

Autorinnen und Autoren

Christopher Husemann, Lea Antoine, Thomas Claßen, Selina Brünker, Raphael Sieber, Thea Jankowski, Odile Mekel
Fachgruppe Grundsatzfragen, Gesundheitskonferenzen, Klima und Gesundheit, LfGA NRW

Unter Mitwirkung von

Bettina Rudat (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen), Stephanie Ferlings (Franziskanische Sozialwerke Düsseldorf gGmbH), Fabian Dicks (Franziskanische Sozialwerke Düsseldorf gGmbH), Annika Pieper (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen), Isabel Schwenk (LfGA NRW), Dagmar Starke (Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen)

Des Weiteren dankt das LfGA NRW folgenden Kommunen

Kreis Viersen, Amt für Umweltschutz, Klimaanpassung, Landwirtschaft
Stadt Aachen, Fachbereich Klima und Umwelt und Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Bundesstadt Bonn, Gesundheitsamt
Stadt Düren, Sozialamt
Stadt Essen, Amt für Soziales und Wohnen
Stadt Gladbeck, Amt für Soziales und Wohnen
Stadt Hemer, Fachbereich Ordnung und Soziales
Stadt Münster, Gesundheits- und Veterinäramt
Stadt Neuss, Sozialamt
Stadt Remscheid, Fachdienst Umwelt
Stadt Witten, Amt für Wohnen und Soziales
Stadt Wuppertal, Sozialamt



Landesamt für
Gesundheit und
Arbeitsschutz
Nordrhein-Westfalen
(LfGA NRW)
Gesundheitscampus 10
44801 Bochum

lfga.nrw.de

